




Äthiopien

Länderinformation

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 **Austrian**
Development
Agency



BASISDATEN	
Unabhängigkeit	Äthiopien war keine Kolonie (aber von 1936 bis 1941 von Italien besetzt).
Staatsform	Demokratische Bundesrepublik
Staatsoberhaupt	Staatspräsidentin Sahle-Work Zewde (seit 10/2018)
Regierungschef	Abiy Ahmed (seit 04/2018)
Außenminister	Demeke Mekonnen (seit 11/2020)
Fläche*	1.129.300 km ²
Bevölkerung**	120 Millionen (2020)
Bevölkerungswachstum**	2,6 %
Lebenserwartung***	66 Jahre
Alphabetisierung*	52 %
HDI (Human Development Index)***	0,485; 173. Stelle von 189
GII (Gender Inequality Index)***	0,517; 125. Stelle von 162
BIP*	110 Mrd. US-Dollar
Armut*	27 % der Bevölkerung leben unter der nationalen Armutsgrenze (Tendenz steigend)

* World Bank Data, 2021

** Worldometer Mai 2022

*** UNDP: Human Development Report 2021

Einleitung

Äthiopien ist das älteste Staatsgebilde Afrikas und eine demokratische Bundesrepublik. Der letzte Kaiser Haile Selassie regierte von 1930 bis 1974. Zwischen 1936 und 1941 wurde das Land von Italien besetzt. Nach zahlreichen Bürgerkriegen und Militärcoups zwischen 1974 und 1991 hat Äthiopien seit 1994 eine auf demokratischen und ethnisch-föderalistischen Prinzipien aufgebaute Verfassung.

Die Bevölkerung Äthiopiens setzt sich aus mehr als 90 Nationalitäten und Ethnien mit rund 80 Sprachen zusammen. Rund 40 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 15 Jahre. Aufgrund der beachtlichen Bestrebungen und Erfolge im Bildungsbereich gibt es damit eine solide Basis für die angestrebte sozioökonomische Entwicklung des Landes.

Seit Beginn des Jahrtausends kann Äthiopien ebenso auf wirtschaftliche Erfolge verweisen. Signifikante Verbesserungen waren in den Bereichen Ernährungssicherheit, Basisversorgung und Armutsminderung zu verzeichnen.

Insgesamt ist Äthiopien aber noch immer eines der ärmsten Länder der Welt. Darüber hinaus führen durch den Klimawandel bedingte Naturkatastrophen immer öfter zu humanitären Krisen und bedrohen bereits erreichte Entwicklungsfortschritte. Die Anfang 2020 beginnende Heuschreckenplage bedrohte auch 2021 noch die Ernährungssicherheit und den Lebensunterhalt von Millionen von Äthiopierinnen und Äthiopiern. Es handelte sich um die schlimmste Plage seit Jahrzenten in Ostafrika. Durch saisonale Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen werden außerdem jedes Jahr Zehn- bis Hunderttausende Menschen vertrieben. Aktuell sind am Horn von Afrika rund 20 Millionen Menschen von der schlimmsten Dürre der letzten 40 Jahre betroffen.

Laut Human Development Index rangiert Äthiopien derzeit auf Platz 173 von 189 Ländern. Dazu trägt auch das hohe Bevölkerungswachstum von 2,6 Prozent bei. Trotz des Rückgangs der Armutsquote im vergangenen Jahrzehnt leben derzeit nach wie vor mindestens 27 Prozent der Bevölkerung in Armut.¹ Die längerfristigen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie der Konflikt in Tigray und zunehmende Unruhen in anderen Landesteilen lassen diese Zahlen wieder steigen. Insbesondere kommt es seit Beginn 2022 unter anderem aufgrund der Auswirkungen der Tigray-Krise und des Ukraine-Krieges zu starken Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Treibstoff. Dadurch stehen Millionen Äthiopierinnen und Äthiopier finanziell stark unter Druck.

Politische Situation

Nach Beendigung des äthiopischen Bürgerkriegs 1991 entstand unter der Dominanz der Volksgruppe der Tigray eine vom damaligen Premierminister Meles Zenawi geführte Übergangsregierung. Diese entwickelte ein Programm, um das Land politisch grundlegend neu zu ordnen. Dafür ließ sie eine föderalistische, demokratische Verfassung ausarbeiten, die 1994 von einer konstituierenden Versammlung verabschiedet wurde.

Äthiopien umfasst mittlerweile elf Regionalstaaten und zwei unabhängige Städte. Die Grenzen sind weitgehend nach ethnischen Kriterien festgelegt. Die dort gesprochenen Sprachen sind auf dem jeweiligen Territorium als Unterrichts- und Amtssprachen anerkannt. Jede große Ethnie ist durch eine Schwesterpartei repräsentiert. Diese stellt die jeweilige Regionalregierung.

Ab dem Sturz des kommunistischen Derg-Regimes 1991 besetzte die siegreiche Milizbewegung unter dem Namen Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) alle politischen Ämter in der Bundes- und den Regionalregierungen. Sie bestand aus den regionalen ethnischen Schwesterparteien. Innerhalb der EPRDF hatte die Bevölkerungsgruppe der Tigray bis April 2018 für mehr als 25 Jahre einen dominanten Einfluss.

Ab November 2015 kam es landesweit zu Unruhen, vor allem in den Regionen Amhara und Oromia, wo 70 Prozent der Bevölkerung leben, sowie in der Somali-Region. Die Sicherheitsbehörden reagierten bei Protesten mit unverhältnismäßiger Gewaltanwendung, was zu Dutzenden Toten, tausenden Verhaftungen und Millionen Binnenflüchtlingen führte. Aufgrund der anhaltenden Unruhen kam es auch innerhalb des EPRDF-Bündnisses verstärkt zu Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Hardlinern. Die Protestbewegungen führten schließlich zum Rücktritt des vormaligen Premierministers Hailemariam Desalegne am 15. Februar 2018. Aufgrund der Spannungen innerhalb des Einparteienbündnisses EPRDF dauerte die Wahl des neuen Premierministers sehr lange und endete mit dem Sieg der Reformen.

Am 2. April 2018 wurde Dr. Abiy Ahmed zum neuen Premierminister gewählt und am 5. Oktober 2018 vom Parteikongress als Vorsitzender der EPRDF bestätigt. Abiy ist der erste Ministerpräsident Äthiopiens aus der Volksgruppe der Oromo.

In der darauffolgenden Zeit setzte ein Prozess der Umgestaltung der Parteienlandschaft ein, der zur Auflösung der EPRDF und Gründung der Wohlstandspartei (Prosperity Party) im Dezember 2019 führte. Darüber hinaus wurden auch mehrere andere, ethnische und über-ethnische Parteien gegründet.

¹ Weltbank, https://databank.worldbank.org/data/download/poverty/987B9C90-CB9F-4D93-AE8C-750588BF00QA/AM2020/Global_POVEQ_ETH.pdf

Die jüngsten nationalen Wahlen waren ursprünglich für August 2020 vorgesehen, wurden aber aufgrund der COVID-19-Pandemie erst am 21. Juni 2021 abgehalten. Die Wohlstandspartei von Premierminister Abiy Ahmed gewann diese mit überwältigender Mehrheit. Die im Herbst 2021 angelobte neue Regierung beinhaltet auch Minister der Opposition.

Politische Spannungen im multiethnischen Staat

Abiy setzte anfangs vielversprechende Reformschritte in Richtung einer zunehmenden Demokratisierung des Landes und einer weitgehenden Öffnung der äthiopischen Volkswirtschaft mit zahlreichen außen- und innenpolitischen Reformmaßnahmen. Gleich ab Beginn seiner Amtszeit begann er, Äthiopien in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte zu öffnen und die Privatsektorförderung zu intensivieren. Außerdem besetzte er viele hochrangige Positionen mit Frauen, darunter die Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs und der Wahlbehörde sowie die mittlerweile zurückgetretene Parlamentspräsidentin. Mit der Diplomatin Sahle-Work Zewde steht auch erstmals eine Frau als Präsidentin an der Spitze Äthiopiens. Sie ist derzeit eine von zwei weiblichen Staatsoberhäuptern in Afrika. Hohe internationale Anerkennung bekam Abiy insbesondere für seine Friedensinitiative mit Eritrea. Für diesen Einsatz erhielt er 2019 den Friedensnobelpreis.

Die Bevölkerung stand anfangs mit großer Begeisterung hinter dem Reformkurs von Abiy. Mittlerweile ist das Land jedoch zunehmend fragil und instabil. Anhaltende ethnische Konflikte in verschiedenen Landesteilen sowie zunehmende politische Repressionen und interne Differenzen in der neuen Regierungspartei haben bei bedeutenden Teilen der Bevölkerung zu einer Ernüchterung geführt. Auch die Versorgung von mehr als 5 Millionen Binnenflüchtlingen stellt eine große Herausforderung für die Regierung dar. Gründe für die Fluchtbewegungen sind der Tigray-Konflikt, anhaltende Dürren in den südöstlichen Regionen des Landes und Auseinandersetzungen in mehreren Regionen, die oft ethnischer Natur sind.

Die Ermordung des einflussreichen Sängers Hachaaluu Hundeessa, der der Volksgruppe der Oromo angehörte, sowie die kurz darauffolgenden Festnahmen der Oromo-Oppositionsführer Bekele Gerba und Jawar Mohammed führten zu teilweise blutigen Protesten im Sommer 2020. Bei den Auseinandersetzungen in der Oromia-Region und der Hauptstadt Addis Abeba starben mehrere hundert Menschen. Zudem lösten sie eine Welle von Massenverhaftungen aus.

Auch aufgrund der Verschiebung der nationalen Wahlen auf 2021 flammten Spannungen im multiethnischen Staat erneut auf. Die nördliche Tigray-Region, in der die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) die Regionalregierung stellte, hielt im September 2020 ohne die Genehmigung der Zentralregierung Regionalwahlen ab. Die Bundesregierung brach daraufhin den Kontakt zu den dortigen politischen Führern der Tigray-Region ab und stellte Zahlungstransfers in die Region ein. Letztere sahen in Abiy Ahmed keinen legitimen Premierminister mehr, da dieser über sein Mandat hinaus im Amt geblieben war. Zu vermerken ist auch, dass seit dem Amtsantritt von Abiy Ahmed die TPLF als politische Kraft erheblich an Einfluss verloren hat.

Die Spannungen eskalierten Anfang November 2020 mit einem Angriff regionaler TPLF-Milizen auf Militärstützpunkte der nationalen Streitkräfte in der Region. Unmittelbar danach marschierte die Armee, unterstützt von Milizen der südlichen Nachbarregion Amhara, in Tigray ein. Es folgte eine blutige Auseinandersetzung, die mehrere Wochen dauerte und nach Einnahme der Regionalhauptstadt Mekelle mit einer Siegeserklärung der nationalen

Regierung endete. Seitdem kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen und Feldzügen, so zum Beispiel im November/Dezember 2021 seitens der TPLF in Richtung Addis. In die Kämpfe sind nicht nur die Nationalarmee, sondern auch regionale Streitkräfte und eritreische Truppen aufseiten der Regierung involviert.

Nach wie vor haben Hilfsorganisationen sowie internationale Beobachterinnen und Beobachter keinen ausreichenden Zugang in die Region. Die humanitäre Lage wird mit jeder Woche schlechter. Normale Dienstleistungen sind seit Beginn des Konflikts weitgehend unterbrochen und die Haupternte des Jahres 2021 konnte aufgrund der Kampfhandlungen nicht eingebracht werden. Mehr als 5 Millionen Menschen brauchen dringend Unterstützung. Auch eritreische Flüchtlinge in vier Lagern in der Region sind zwischen die Fronten geraten. Untersuchungen von Amnesty International, Human Rights Watch, der Ethiopian Human Rights Commission (EHRC) und anderen Organisationen haben zahlreiche Fälle von Massakern an der Zivilbevölkerung und schweren Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Eine gemeinsame Mission von EHRC und des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) dokumentierte in einem im November 2021 veröffentlichten Bericht schwere Menschenrechtsverletzungen auf allen Seiten, die Kriegsverbrechen darstellen könnten. In Tigray gilt nach wie vor der Ausnahmezustand.

Demokratiepolitische Reformen

Es gab massive demokratiepolitische und menschenrechtliche Defizite, die die Regierung durch Reformen in der Gesetzgebung sowie durch die Stärkung demokratischer Institutionen überwinden will. So setzte Abiy in kurzer Zeit Reformen, die in der EPRDF bisher als Tabu galten. Die Ausschaltung einer echten demokratischen Opposition war neben den ethnischen Spannungen eine der Hauptursachen für die Protestbewegung seit 2015. Abiy hat die Oppositionsparteien eingeladen, ins Land zurückzukehren und am Reformkurs teilzunehmen, was diese annahm. Außerdem sorgte ein neues Gesetz für freie zivilgesellschaftliche Arbeit für ein Aufatmen in diesem seit vielen Jahren stark eingeschränkten Sektor. Die Regierung hat bereits reformierte Wahlgesetze verabschiedet. Die Wahl im Juni 2021 fand unter friedlichen Rahmenbedingungen und der Beteiligung mehrerer Oppositionsparteien statt. Einige wichtige Oppositionsparteien, vor allem aus Oromiya, boykottierten die Wahl jedoch. Grund war, dass deren führende Politiker sich aufgrund der Unruhen im Zusammenhang mit der Ermordung des Sängers Hachalu Hundessa in Haft befanden. Mittlerweile wurden sie freigelassen. Medien durften anfangs relativ frei berichten, wurden jedoch im Zuge der Unruhen im Sommer 2020 sowie seit Beginn des Tigray-Konflikts wieder eingeschränkt. Es kommt nach wie vor immer wieder zur Ausweisung von Journalistinnen und Journalisten oder zum Entzug ihrer Medienlizenzen. Dies ist einer von mehreren Bereichen, in denen es nach erfolgten Reformen wieder Rückschritte gibt und Freiheiten erneut eingeschränkt werden.

Eine große Herausforderung ist vor allem auch, den ethnischen Hass zwischen verschiedenen Volksgruppen wieder einzudämmen, damit dieser nicht zum Flächenbrand wird. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, gibt es zunehmend Bemühungen, einen nationalen Dialog auf die Beine zu stellen. Zu diesem Zweck wurde eine nationale Dialogkommission eingerichtet. Kritik wurde aufgrund der vorwiegend männlichen Besetzung und aufgrund von Zweifeln an der umfassenden Einbeziehung der Oppositionsparteien laut.

Außenpolitik

Generell ist in der äthiopischen Außenpolitik eine Interessensverlagerung vom Westen in Richtung BRICS²- sowie GCC³-Staaten festzustellen. Dies steht unter anderem im Zusammenhang mit der Orientierung an neuen Exportmärkten und der Suche nach mehr ausländischen Investitionen. China verfügt im Land über beträchtlichen politischen Einfluss und ist besonders im Bereich Infrastruktur aktiv.

Äthiopien ist Mitglied der Intergovernmental Authority on Development (IGAD), der Afrikanischen Union (AU) sowie des Gemeinsamen Marktes für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA). Im südwestlichen Teil Somalias unterstützt Äthiopien die Truppen der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) und die somalischen Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung der militanten islamistischen Bewegung Al-Shabaab.

Die Hoffnungen auf langfristigen Frieden mit dem Nachbarland Eritrea nach dem Abschluss des Friedensvertrages von 2018 sind seit dem Ausbruch des Konfliktes in Tigray wieder zum Erliegen gekommen. Nachdem die Grenzen in den ersten Monaten nach dem Vertragsabschluss offen waren, kam es zu einem starken Flüchtlingsstrom von Eritreerinnen und Eritreern nach Äthiopien. Dies führte dazu, dass die äthiopische Regierung die Grenzen nach einiger Zeit auf Bitte Eritreas wieder schloss. Den Konflikt in Tigray, an dem Eritrea aufseiten der äthiopischen Streitkräfte militärisch aktiv beteiligt ist, nützt die eritreische Regierung, um den alten Feind TPLF zu schwächen. Diese Beteiligung an einem inneräthiopischen Konflikt hat diesem Krieg eine regionale Dimension verliehen, die den Friedensbemühungen nicht entgegenkommt.

Spannungen gibt es auch mit Ägypten und Sudan: Äthiopien begann im Juli 2020, den Staudamm Great Ethiopian Renaissance (GERD) mit Wasser aus dem Blauen Nil zu befüllen, obwohl es nach wie vor kein Abkommen mit den beiden flussabwärts liegenden Ländern gibt. Äthiopien erhofft sich durch den Staudamm Energiesicherheit und Einkünfte aus Stromexporten. Ägypten und Sudan befürchten, dass es vor allem in Dürrezeiten zu Wasserknappheit am unteren Lauf des Nils kommen wird. Die Besetzung des fruchtbaren Al-Fashaqa-Dreiecks im Grenzbereich zwischen Äthiopien und Sudan sorgt seit Ende 2020 für zusätzliche Spannungen zwischen den beiden Nachbarländern: Dieses Gebiet wurde traditionell von äthiopischen Bäuerinnen und Bauern besiedelt und steht nun wieder unter sudanesischer Kontrolle.

Äthiopien bemüht sich um gute Beziehungen zu den Staaten des Persischen Golfs, wo Millionen von äthiopischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten leben. Das Land begrüßt die Investitionen der Vereinigten Arabischen Emirate in der Hafenstadt Berbera in Somaliland. Gleichzeitig erhält Äthiopien besondere finanzielle Unterstützung von Saudi-Arabien, akzeptiert aber auch Rückführungen von jährlich Zehntausenden Äthiopierinnen und Äthiopiern aus diesem Land.

Große internationale Anerkennung erhält Äthiopien für seine Open-Door-Politik gegenüber Flüchtlingen aus Nachbarländern wie dem Südsudan, Eritrea und Somalia. Derzeit beherbergt es laut UNHCR rund 850.000 internationale Flüchtlinge mit steigender Tendenz und zählt zu den Ländern mit den größten Flüchtlingspopulationen in Afrika.

² Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika

³ Staaten der Golfregion

Wirtschaft

Äthiopien kann seit 2003 auf ein permanentes Wirtschaftswachstum und bemerkenswerte Fortschritte verweisen, besonders in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Landwirtschaft. Laut dem neuen, im Jänner 2021 offiziell verabschiedeten zehnjährigen Perspektivenplan für Entwicklung (sh. S. 8) geht die Regierung von einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 10,2 Prozent aus. Aufgrund der COVID-19-Pandemie betrug das Wachstum 2020 laut dem Internationalen Währungsfonds jedoch nur mehr 6,1 Prozent und 2021 6 Prozent, Tendenz fallend. Damit sind die Prognosen weit niedriger als noch in den Jahren zuvor. Dem Wirtschaftswachstum steht ein Bevölkerungswachstum von 2,6 Prozent jährlich gegenüber. Ein Großteil des Wirtschaftswachstums wird daher durch den demografischen Zuwachs wieder ausgebremst.

Gleichzeitig stieg in den letzten Jahren auch die Inflationsrate stark an. Im April 2022 betrug sie bereits durchschnittlich 36,6 Prozent, für Lebensmittel 42,9 Prozent.⁴

Die Landwirtschaft ist weiterhin der wichtigste Wirtschaftszweig, in dem rund 75 Prozent der Beschäftigten über 40 Prozent des BIP erwirtschaften. Der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP liegt seit 2012 relativ stabil bei knapp über 40 Prozent. Der industrielle Sektor hingegen deckt bis dato nur etwa 16 Prozent des BIP ab, allerdings mit stark steigender Tendenz.

Um die wirtschaftliche Entwicklung weiter zu fördern, setzt die Regierung auf weitgreifende Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Energieproduktion und -verteilung, Transport und Wohnraumschaffung im städtischen Raum und die Errichtung von Industrieparks für ausländische Investoren. Sie lehnt sich dabei an das chinesische staatlich gelenkte Wirtschaftsmodell an. Dies zieht Investitionen aus China sowie Ländern wie Indien oder den Niederlanden an.

Aufgrund der Binnenlage und einer dürrtigen Infrastruktur in Richtung der benachbarten Küstenstaaten leidet Äthiopien unter hohen Importkosten. Zusammen mit den hohen Importzöllen führt dies zu hohen Preisen für Importgüter. Die Modernisierung der Bahnverbindung nach Djibouti (wichtigster Importhafen für Äthiopien) mit chinesischer Hilfe hatte daher höchste Priorität. Die tatsächlichen Warenströme liegen jedoch aufgrund verschiedener Probleme wie etwa bei der Stromversorgung weit unter den Erwartungen. Die Regierung verfolgt derzeit auch den Dialog mit den Nachbarländern in der Region, um den Zugang zum Roten Meer sowie zum Indischen Ozean zu erschließen.

Neben der Errichtung von Industrieparks und gesteigerten Direktinvestitionen aus dem Ausland setzt die Regierung auch auf die Schaffung eines verbesserten Investitionsklimas für einen wachsenden Privatsektor. Dabei wurde unter anderem die Stärkung des bisher noch kaum erschlossenen touristischen Potenzials in Äthiopien verfolgt. Der Tourismussektor birgt zwar ein signifikantes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen, konnte aber aufgrund der anhaltenden Unruhen und des Konflikts im Norden das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreichen.

Wie der Rest der Welt kämpft auch Äthiopien mit den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Eine potenzielle Erholung wurde für das Jahr 2021 prognostiziert. Diese fand jedoch nicht in erhofftem Ausmaß statt. Negative wirtschaftliche

⁴ <https://tradingeconomics.com/ethiopia/inflation-cpi>

Folgen der Pandemie wie etwa der gestiegene Preis für Grundnahrungsmittel, die steigende Arbeitslosigkeit, die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die Zunahme der Armut wurden durch den Ausbruch des Tigray-Konflikts und die Auswirkungen der Ukraine-Krise noch verstärkt.

Entwicklungspolitik Äthiopiens

Programm gegen Armut

Die äthiopische Regierung setzt stark auf Armutsbekämpfung und auf eine staatlich gelenkte sozioökonomische Entwicklung. Das war im Wachstums- und Transformationsplan (GTP II) 2016–2020 verankert, dessen Hauptziel es war, dass Äthiopien bis 2025 zu einem Land mittleren Einkommens wird, ohne dabei den derzeitigen Stand der CO₂-Emissionen zu erhöhen. Damit hat sich Äthiopien zu einem sensitiven, grünen Wirtschaftswachstum verpflichtet.

Der GTP II wurde Anfang 2021 durch den neuen nationalen Entwicklungsplan mit dem Titel „Ethiopia 2030: The Pathway to Prosperity – Ten-Year Perspective Development Plan (2021–2030)“ abgelöst. Dieser neue längerfristige Entwicklungsplan richtet seinen Fokus unter anderem auf Frauen und Jugendliche und möchte qualitätsvolles privatwirtschaftliches Wachstum garantieren. Im vergangenen September wurde zudem die „Home-grown Economic Reform“ präsentiert. Diese basiert auf makroökonomischen, strukturellen und sektoralen Reformen. Ein wichtiger nächster Schritt wird die Reform des Finanzsektors sein, um die Inflation zu kontrollieren und die Tragfähigkeit der Schulden sowie einen besseren Zugang zu Finanzmitteln für die Menschen in Äthiopien zu gewährleisten. Letzteres ist bis jetzt ein Kernproblem.

Positive Entwicklungen in Gefahr?

Die äthiopische Regierung investierte 1 Milliarde Euro, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen und integrierte diese in nationale und regionale Strategie- und Aktionspläne. Dieser Ansatz führte zu bemerkenswerten Erfolgen: Sechs der acht Ziele konnten erreicht werden. Vor allem bei der Armutsminderung sowie in den Bereichen Bildung, Gesundheit und bei der Bekämpfung von HIV/AIDS war das Land bis vor wenigen Jahren auf einem guten Weg. Die Kindersterblichkeit ist seit 2006 um mehr als die Hälfte gesunken (31 Todesfälle von 1.000 Geburten). 85,6 Prozent der schulpflichtigen Kinder wurden eingeschult und der Zugang zu sauberem Wasser lag im Juli 2018 bei 65,7 Prozent⁵. Bei der Geschlechtergleichstellung und Müttersterblichkeit hinkt Äthiopien jedoch hinterher. Der Trend der letzten Jahre gibt Anlass zur Sorge – die Indikatoren verschlechtern sich wieder (39,1 Todesfälle von 1.000 Geburten, 50 Prozent Zugang zu sauberem Wasser).

Die stark zurückgegangenen Waldbestände in empfindlichen Gebieten, fortschreitende Walddegradierung (insbesondere durch die Beschaffung von Feuerholz) und die dadurch rasant fortschreitende Bodenerosion stellen große Probleme für die Ernährungssicherheit dar. Zusätzlich bedrohen immer wieder Dürreperioden die nur wenig produktive Landwirtschaft mit ihrer schwachen Infrastruktur. Vor allem in den südlichen und östlichen Landesteilen kommt es immer häufiger zu Dürrekatastrophen.

⁵ World Bank Data

Um die Transformation des Landes und der Gesellschaft weiter voranzutreiben, braucht es einiges an Bemühungen: eine maßgeblich reformierte Landwirtschaft, ein besseres Investitionsklima für den Privatsektor und die Förderung der Demokratie und der sozialen Kohäsion und Inklusion, vor allem von Frauen und Jugendlichen. Die Regierung setzt auf Reformmaßnahmen, vor allem in Bezug auf Privatsektorförderung und Teilprivatisierung von großen staatlichen Unternehmen wie Ethio Telecom und Ethiopian Airlines. Bisher waren das Tabuthemen.

Wichtige Partnerin EU

Bedeutendster Handelspartner und auch wichtigster multilateraler Geldgeber Äthiopiens ist die Europäische Union (EU) inkl. Mitgliedsstaaten mit einem geplanten Volumen von 1 Milliarde Euro an öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) und über 3 Milliarden Euro an Im- und Exporten jährlich. Äthiopien erhält mehr Zuteilungen aus EU-Quellen als jedes andere Land aus der AKP-Gruppe⁶. Die Leistungen der EU beziehen sich unter anderem auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, demokratische Regierungsführung und natürliches Ressourcenmanagement sowie auf die Stärkung des Bildungs- und Gesundheitssektors sowie der Privatwirtschaft. Aufgrund der Konfliktsituation im Norden wickelt die EU derzeit jedoch nur sogenannte Spezialprogramme ab, die von UN-Organisationen und anderen Nichtregierungsorganisationen umgesetzt werden sollen. Die EU-Kommission fordert die Regierung aktiv zu einem verhandelten Waffenstillstand auf. Sie drängt zudem darauf, dass es zu der unter Blockade stehenden Region Tigray ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfsgüter geben muss sowie die im Konflikt vorgefallenen schweren Menschenrechtsverletzungen von unabhängigen Organisationen untersucht werden müssen.

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Äthiopien

Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit 1996 ist Österreich in Addis Abeba mit einem Büro vertreten. Dieses koordiniert die österreichischen Programme und Projekte und führt den entwicklungspolitischen Dialog mit den nationalen Partnern und anderen Geberländern. Programmatische Grundlagen für die derzeitige Zusammenarbeit mit Äthiopien sind die Landesstrategie 2019–2025 (aufbauend auf dem bisherigen äthiopischen Wachstums- und Transformationsplan GTP II, 2016–2020), die Abstimmung mit anderen Geberländern und das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik.

Schwerpunkte und Leistungen

Das österreichische Engagement konzentriert sich vor allem auf Armutsminderung. Schwerpunktbereiche dabei sind:

Resilienz

- die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung bei Krisen und Herausforderungen aufgrund des Klimawandels
- die Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung, insbesondere von Frauen, jungen Menschen und Menschen mit Behinderungen
- die Unterstützung bei der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- die Schaffung von alternativen Einkommensmöglichkeiten
- die Förderung der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen inklusive Wasser

⁶ Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks

Inklusive Regierungsführung

- die Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu Dienstleistungen des Staates in ländlichen Gebieten (Gesundheitsversorgung, Bildung, Landwirtschaft, Wasser und Siedlungshygiene, Infrastruktur)
- die Förderung des Dialogs der Institutionen mit der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft
- die Befähigung von Frauen und jungen Menschen, ihre Rechte anzusprechen
- die Stärkung öffentlicher Institutionen (aufgrund des noch nicht beigelegten Konfliktes im Norden des Landes bis auf Weiteres ausgesetzt)

Hinzu kommen Hochschulpartnerschaften, multilaterale Projekte sowie humanitäre Hilfe und Wirtschaftspartnerschaften. Auch viele österreichische zivilgesellschaftliche Organisationen sind in Äthiopien tätig und leisten wertvolle entwicklungspolitische Beiträge. Unter anderem sind sie in den Bereichen Frauenförderung, Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, Berufsbildung und soziale Inklusion engagiert. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt sie dabei mit Kofinanzierungen.

Österreichs Entwicklungshilfeleistungen an Äthiopien

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)⁷ an Äthiopien beliefen sich von 2004 bis 2020 auf 139,17 Millionen Euro. Davon machte der Anteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)⁸ 103,55 Millionen Euro aus.⁹

ODA Österreichs an Äthiopien, Auszahlungen in Millionen Euro

	2016	2017	2018	2019	2020
bilaterale ODA gesamt an Äthiopien in Mio. Euro	7,76	10,09	10,91	10,32	10,41
in % der ges. bilateralen ODA	0,87	1,89	2,65	2,59	2,31
OEZA an Äthiopien in Mio. Euro	5,30	7,08	7,89	7,44	7,56
OEZA an Äthiopien in % der ges. OEZA-Leistungen	4,47	5,31	6,87	5,97	5,86

Quelle: ADA-Statistik

⁷ Official Development Assistance: Öffentliche Gelder von Ministerien sowie öffentlicher Institutionen auf gesamtstaatlicher, teilstaatlicher und kommunaler Ebene (z.B. Bundesländer, Städte und Gemeinden)

⁸ Kernbudget (OEZA/ADA und OEZA/BMEIA)

⁹ Werte bis 2017: Netto-Auszahlungen, ab 2018: Zuschussäquivalent (ausgenommen Privatsektorinstrumente)

Projektbeispiele

Die Bevölkerung widerstandsfähig machen

Der Klimawandel ist in Äthiopien bereits deutlich spürbar und bedroht die Lebensgrundlagen der Menschen. Es gilt, die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegen dessen Auswirkungen zu stärken und ihre Lebensgrundlagen zu sichern. Mit diesem Ziel setzen Helvetas Swiss Interco-operation und Concern Worldwide das Projekt „Semien Mountains Resilience“ in drei Bezirken in Nord-Gondar in der Amhara-Region um. Boden und Wasser in zwölf Kleinst-Wasserscheiden sollen durch Konservierungsmaßnahmen geschützt werden, wie etwa durch Terrassierungen, die der Erosion entgegenwirken. Bäuerinnen und Bauern erhalten außerdem Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und die Möglichkeit, ihre Einkommensquellen zu diversifizieren. Für eine verbesserte Saatgutvermehrung, die Einführung von neuen Technologien und um Kontakte zu den Märkten aufzubauen werden lokale Partner wie ein landwirtschaftliches Forschungsinstitut und ein Dachverband von lokalen Kooperativen einbezogen.

Die Bezirke, in denen das Projekt läuft, waren im Sommer 2021 teilweise vom Konflikt im Norden des Landes betroffen. Darum gingen 250.000 Euro des Budgets an rund 14.000 Menschen bzw. 2.750 Haushalte, die durch den Konflikt vertrieben wurden. Vertriebene Menschen mit Behinderungen bekamen Rollstühle, Krücken, Matratzen, Decken und Haushaltsgegenstände und Nutztiere.

Die Bürgerinnen und Bürger bestimmen mit

Bei der Gewährleistung von Basisdienstleistungen ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in lokale Planungs- und Entscheidungsprozesse besonders wichtig. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit finanziert daher das „Ethiopian Social Accountability Programme“ der Weltbank, das auf eine stärkere Einbindung der Bevölkerung abzielt.

So bekommen sowohl Gemeindebedienstete als auch Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen und dörflichen Verbänden Schulungen. Sie lernen, Prioritäten im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner konstruktiv gemeinsam zu verhandeln und Finanzierungslösungen zu finden. Dadurch verbessert sich die Qualität der Dienstleistungen. Und die Bürgerinnen und Bürger gestalten die Veränderungsprozesse in ihren Gemeinden aktiv mit.

So verhandelten zum Beispiel die Bewohnerinnen und Bewohner von Awash in der Oromia-Region gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Behörden den Ausbau des Wasserreservoirs der Stadt. Es war ursprünglich für 10.000 Leute ausgelegt. Durch das starke Bevölkerungswachstum benötigen aber mittlerweile über 40.000 Menschen Zugang zu sauberem Wasser. Gemeinsam wurde eine Lösung für den erhöhten Finanzierungsbedarf gefunden. Somit gibt es künftig genug Wasser für alle.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte für Mädchen und Frauen

In der Amhara-Region sind die frühe, oft zwangsweise Verheiratung junger Mädchen und Frauen sowie die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung weit verbreitet. Kulturelle Überzeugungen und soziale Normen behindern außerdem den Zugang zu Verhütungsmitteln und zur Behandlung gynäkologischer Erkrankungen. Einer Studie zufolge verwendeten 2016 nur 35 Prozent der äthiopischen Frauen eine moderne Verhütungsmethode und 65 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 49 waren Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung. Zudem werden 40 Prozent der Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet – 14 Prozent bereits mit 15 Jahren. Die Gründe dafür sind zahlreich und komplex, und

Vertragspartner:
HELVETAS
Laufzeit:
03/2021–02/2023
OEZA-Beitrag:
1.000.000 Euro

Vertragspartner:
Weltbank
Laufzeit:
12/2015–11/2023
OEZA-Beitrag:
4.000.000 Euro

Vertragspartner:
CARE
Laufzeit:
12/2019–12/2023
OEZA-Beitrag:
2.888.430 Euro

Normverstöße sind mit Sanktionen wie sozialer Ausgrenzung, Scham, Stigmatisierung und Ausschluss von Gemeinschaftsaktivitäten belegt.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich gemeinsam mit CARE dafür ein, ein soziales Umfeld in der Amhara-Region zu schaffen, das zur Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung sowie zur Förderung der reproduktiven Gesundheit von Frauen und Mädchen beiträgt. Dazu werden Gemeindemitglieder, Dienstleister und Regierungsbehörden zu den Themen der Genitalverstümmelung und der frühen Heirat sensibilisiert.

Neu geschaffene integrative Räume sollen dazu dienen, dass produktive Dialoge stattfinden und Konflikte angesprochen werden können. Dadurch will man gemeinsam mit den Menschen vor Ort herausfinden, warum es zu frühen Eheschließungen kommt und wieso sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienste so wenig in Anspruch genommen werden.

Soziale Sicherheitsnetze stärken

Äthiopien ist zurzeit mit einer gewaltigen humanitären Krise konfrontiert. Gründe dafür sind der bewaffnete Konflikt im Norden des Landes, eine mehrjährige Dürre, die COVID-19-Pandemie sowie die Heuschreckenplage von 2020 und 2021. Das landesweite Productive Safety Net Program (PSNP), das von der Regierung und vielen Gebern gemeinsam finanziert wird, stellt Rationen zur Ernährung der notleidenden Bevölkerung bereit. In der Amhara-Region sind diese jedoch nicht ausreichend, um eine ausgewogene Ernährung sicherzustellen, besonders für Kleinkinder und schwangere und stillende Frauen. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat nun ein innovatives Programm entwickelt: Mittels Mobiltelefon versendet es zweckgebundene Gutscheine an von Mangelernährung bedrohte Haushalte. Diese können auf dem lokalen Markt gegen frisches Obst und Gemüse sowie Eier eingelöst werden. Damit kann eine einseitige Ernährung und deren bei Kindern unter zwei Jahren irreversible Folgeerkrankung, das sogenannte „Stunting“ (Mangelwuchs), verhindert werden. Ernährungsberaterinnen unterstützen die Frauen mit Information zu gesunder Ernährung und Kochrezepten. Gleichzeitig stärkt das Programm die lokalen Märkte und schafft längerfristig Nachfrage an Frischware. Das Projekt unterstützt 7.500 Haushalte mit Kleinkindern oder schwangeren oder stillenden Frauen.

Vertragspartner:
Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Laufzeit:
11/2021-10/2022

OEZA-Beitrag:
2.300.000 Euro

Wirtschaftspartnerschaft: Kaffee für die Zukunft

Den Kaffeeanbau und dessen professionelle Vermarktung in der Amhara-Region zu fördern ist das Ziel einer Wirtschaftspartnerschaft der Hamburger Hanns R. Neumann Stiftung. Diese knüpft an eine erfolgreiche erste Phase an und unterstützt rund 2.500 Kaffeebauernfamilien, die in 23 Kaffeekooperativen in fünf Bezirken organisiert sind. In Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und zwei Universitäten erhalten diese Beratungen und Trainings für nachhaltige und klimafreundliche Anbaumethoden, die zu um bis zu 40 Prozent besseren Erträgen führen können. Diese können sowohl auf dem heimischen Markt als auch international gewinnbringend verkauft werden. Die Genossenschaften sowie deren Dachverband bekommen fachliche Unterstützung in den Bereichen Qualitätskontrolle und professionelle Vermarktung. Gezielte Trainingsmaßnahmen sollen Frauen in Führungspositionen der Organisationen bringen. In Äthiopien wird nun neben den bekannten Kaffemarken aus dem Süden des Landes langsam auch der Amhara-Kaffee bekannt.

Vertragspartner:
Hanns R. Neumann Stiftung

Laufzeit:
10/2019-09/2023

OEZA-Beitrag:
500.000 Euro

Humanitäre Hilfe

Im Kontext der herrschenden humanitären Krise leistet Österreich mehr humanitäre Hilfe für Äthiopien als in früheren Jahren. So wurden in den Jahren 2021 und 2022 bisher bereits rund 10 Millionen Euro als Beiträge zu internationalen Hilfsorganisationen sowie für konkrete Projekte zivilgesellschaftlicher Partner in den Regionen Tigray und Amhara sowie im Süden Äthiopiens bereitgestellt. Die Projekte in Tigray konnten noch nicht wie geplant

Vertragspartner:
Österreichisches Rotes Kreuz (ÖRK)

Laufzeit:
05/2021-10/2022

OEZA-Beitrag:
1.000.000 Euro

umgesetzt werden, da die Region nach wie vor kaum zugänglich ist. Teilweise wurden Gelder daher umgewidmet.

So wurde beispielsweise über das Österreichische Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit dem Äthiopischen Roten Kreuz die Wasserversorgung von 34.000 intern vertriebenen Menschen sichergestellt und sechs öffentliche Latrinen in der Stadt Dessie und anderen Orten in den Regionen Amhara und Afar errichtet. Außerdem konnten Rettungsfahrzeuge zur Versorgung von fast 5.000 Verwundeten bereitgestellt werden.

Regionale Friedensarbeit durch Einbindung von Frauen stärken

Die grenznahen Gebiete zwischen Kenya und Äthiopien sind geprägt von regem Handel, aber auch anfällig für Konflikte, vor allem, wenn es um die immer knapper werdenden Ressourcen an Wasser und Weideland für die nomadische Bevölkerung geht. Die Bezirke Borana in Südäthiopien und Marsabit im Norden Kenyas sind von der derzeit herrschenden ostafrikanischen Dürre stark betroffen. Dies hat zu einer extremen Verarmung der Bevölkerung geführt, die in den letzten vier Jahren den Großteil ihrer Rinderherden verloren hat. Das Projekt des Hilfswerkes der Evangelischen Kirchen Schweiz verknüpft daher humanitäre Hilfe mit längerfristigen Maßnahmen. Ziel ist es, die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu stärken und lokale Konflikte zu entschärfen. Wichtig ist dabei der Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der benachbarten Volksgruppen der Borana in Äthiopien und der Gabra in Kenya. Bei diesem sogenannte Nexus-Ansatz wird außerdem großer Wert auf die Einbindung von Frauen bei allen Entscheidungen und Aktivitäten gelegt, denn nur so können die Maßnahmen dauerhaft erfolgreich sein. Insgesamt soll das Projekt 15.000 Haushalte oder rund 90.000 Menschen erreichen.

Vertragspartner:

Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS)

Laufzeit:

12/2021-05/2024

OEZA-Beitrag:

950.000 Euro

Delegierte Kooperation der EU: Stabilität am Horn von Afrika

„IGAD Promoting Peace and Stability in the Horn of Africa Region“ (IPPSHAR) trägt zur Förderung der Stabilität in der Region Ostafrika und am Horn von Afrika bei. Das Vorhaben umfasst Äthiopien, Djibouti, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan, Tansania und Uganda. Die Austrian Development Agency setzt die Initiative gemeinsam mit der Abteilung für Frieden und Sicherheit der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) um.

Vertragspartner:

Europäische Kommission, SIDA und die Niederlande

Lokale Partnerorganisation:

IGAD – Intergovernmental Authority on Development

Laufzeit:

03/2018–09/2023

Gesamtbudget:

28.392.000 Euro

OEZA-Beitrag:

1 Mio. Euro

EU-Nothilfe-

Treuhandfonds

für Afrika:

25.248 Mio. Euro

Vorrangiges Ziel des Projektes ist es, einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region zu leisten und so auch die wirtschaftliche Integration und Entwicklung zu stärken. Die vier spezifischen Projektziele sind:

- Stärkung des Konfliktfrühwarn- und Reaktionssystems (CEWARN), um gesammelte Informationen, Datenanalysen und frühzeitige Maßnahmen qualitativ und quantitativ zu verbessern;
- verbesserte Vorhersage und Prävention von transnationalen Sicherheitsbedrohungen in der Region sowie bessere Reaktion darauf;
- Stärkung der Kapazitäten in den Bereichen präventive Diplomatie, Mediation und zivile Friedensförderung;
- verbesserte Effizienz und Effektivität der Strukturen, Systeme und Prozesse von IGAD, Gender Mainstreaming und Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325.

Mindestens 11.000 Angestellte von IGAD und Institutionen der Mitgliedsstaaten profitieren von den Maßnahmen. Frauen und Gruppen von Jugendlichen, Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Akteure werden in Konfliktlösung und Mediation trainiert. Akademische Einrichtungen und Forschungsinstitutionen sind zur Stärkung der Analysekapazitäten als Beteiligte involviert. Indirekt profitiert die gesamte Bevölkerung der Region davon – mehr als 200 Millionen Bürgerinnen und Bürger.

Wichtige Adressen

Österreichische Botschaft

N. Silk Lafto Kifle Ketema Kebele 04 H.No.
535, Addis Abeba
Tel.: +251 11 371 25 80, 371 00 52
Fax: +251 11 371 21 40
E-Mail: addis-abeba-ob@bmeia.gv.at
www.aussenministerium.at/addisabeba

Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit

Postanschrift: P.O. B. 11553, Addis Abeba
Tel.: +251 11 553 38 28, 553 82 80
Fax: +251 11 553 38 31
E-Mail: addisabeba@ada.gv.at

Österreichisches Außenwirtschafts-Center Nairobi

c/o Österreichische Botschaft
Limuru Road 536, Muthaiga, 00100 Nairobi
Tel.: +254 72 32 09 065
Fax: +20 2 27 36 28 92
E-Mail: nairobi@wko.at
www.wko.at/aussenwirtschaft/ke

Botschaft der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien

Rue de Moillebeau 56, Case postale 338,
1211 Genf
Tel: +41 / 22 919 70 10
Fax: +41 / 22 919 70 29
E-Mail: consular@ethiopianmission.ch
www.ethiopianmission.ch

Amtsbereich:
Schweiz, Republik Österreich

Honorarkonsulat der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien

Althanstrasse 14, 1090 Wien
Tel: +43 / 1 4277 – 54701
Fax: +43 / 1) 4277 – 9547
E-Mail: horst-seidler@univie.ac.at

Links

Basismaterial

Äthiopische Regierung/Büro des Premierministers: <http://pmo.gov.et/>
Weltbank/Äthiopien: <http://www.worldbank.org/en/country/ethiopia>
Vereinte Nationen in Äthiopien: <http://et.one.un.org/>

Medien

Ethiopian Reporter: www.ethiopianreporter.com
Addis Standard: www.addisstandard.com
Capital: www.capitalethiopia.com
All Africa (Aktuelle Nachrichten): www.allafrica.com/ethiopia/

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien: www.entwicklung.at/laender/ostafrika/aethiopien/
Landesstrategie: https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/Landesstrategien/CS_Ethiopia_2019-2025.pdf